

Deutschen Demokratischen Republik zum Sieg geführt zu haben.“

## **DDR — gesetzmäßiges Ergebnis des revolutionären Kampfes**

Die Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR ist aus dem Ringen zwischen reaktionären imperialistischen und den fortschrittlich-demokratischen Kräften unter Führung der Arbeiterklasse hervorgegangen. Sie bringt den historisch gesetzmäßigen Untergang des Imperialismus zum Ausdruck und verkörpert den gesetzmäßigen Sieg des Sozialismus in ganz Deutschland.

Die Deutsche Demokratische Republik ist das gesetzmäßige Ergebnis des opferreichen Kampfes, den die revolutionäre deutsche Arbeiterklasse und alle anderen fortschrittlichen Kräfte unseres Volkes gegen Imperialismus und Krieg, für Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt geführt haben.

## **Macht der Monopole — Macht des Staates**

Seit Jahren ist die imperialistische Propaganda Westdeutschlands bemüht, die grundlegenden Umgestaltungen auf dem Boden der DDR als „antinationale“ und als „Ursachen der Spaltung der Nation“ auszugeben. So schreibt zum Beispiel die westdeutsche Zeitung der CDU, der „Rheinische Merkur“, in seiner Ausgabe vom 21. Januar 1986 u. a.: „Die Einheit Deutschlands wurde in ihren Grundlagen angegriffen“, weil nach 1945 auf dem Boden unserer Republik „weitreichende politische und sozialökonomische Veränderungen“ durch geführt wurden. Die Wahrheit ist jedoch, daß der im zweiten Weltkrieg geschlagene, aber nicht vernichtete deutsche Imperialismus aus Furcht vor der demokratischen Umgestaltung das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes vergewaltigte, die damaligen westlichen Besatzungszonen aus dem deutschen Nationalverband herauslöste und seine Macht, zum Schaden des deutschen Volkes, erneut restaurierte. In diesem Zusammenhang ist auch ein Vergleich der „Erkenntnisse“ des „Rheinischen Merkur“ mit jenen „Erkenntnissen“ angebracht, die im Ahlener Programm niedergelegt sind. In diesem Programm, das die westdeutsche CDU im Februar 1947 unter Vorsitz von Adenauer angenommen hatte, heißt es u. a.:

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer

verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen. Inhalt und Ziel der sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein.“ Und weiter heißt es dort: „Die Zeit vor 1933 hat zu großen Zusammenballungen industrieller Unternehmungen geführt. Diese bekamen dadurch einen monopolartigen Charakter. Die zu dem engen Kreis der Vertreter der Großbanken und der großen industriellen Unternehmungen gehörigen Personen hatten infolgedessen eine zu große wirtschaftliche und damit zu große politische Macht.“ Das waren die damaligen „Erkenntnisse“ der westdeutschen CDU. Sie fanden Eingang in ihr Programm unter dem Druck des Willens des Volkes, das nicht noch einmal Opfer der Politik „kapitalistischen Gewinn- und Machtstrebens“ werden wollte.

Auf dem Boden der DDR wurden die Monopole unter Führung der Arbeiterklasse entmacht und das kapitalistische Profitstreben beseitigt. Die ganze Politik der SED und der Regierung der DDR ist auf das Wohlergehen des Volkes, das selbst im Besitz aller Macht ist, gerichtet. Die 11. Tagung des ZK der SED ist dafür nur ein erneuter Beweis. Aber was ist aus der im CDU-Programm versprochenen „grundlegenden Neuordnung“ in Westdeutschland geworden? Noch nie war das Ausmaß der ökonomischen und politischen Machtkonzentration in den Händen weniger Monopolgruppen so groß wie heute in Westdeutschland. Der Konzentrationsgrad in Westdeutschland übertrifft bei weitem den, auf den sich die Macht des Faschismus stützte. Heute vereinigen 78 Aktiengesellschaften in Westdeutschland, das sind 3,3 Prozent aller Aktiengesellschaften, auf sich rund 24,5 Milliarden D-Mark Aktienkapital. Das sind fast 57 Prozent des gesamten westdeutschen Aktienkapitals. Es übersteigt das Kapital aller 5500 Aktiengesellschaften, die im Jahre 1938 auf dem Territorium Gesamtdeutschlands existierten, um mehr als ein Drittel. Aber von diesen 78 Gesellschaften gehören allein zehn zum IG-Farben-Konzern, drei zum Thyssen-Konzern, zwei zum Siemens-Konzern, drei zum Haniel-Konzern, zwei zum AEG-Konzern usw. Aber nicht nur das. Die großen Konzerne konnten vor allem unter der Herrschaft der CDU/CSU ihre Profite von Jahr zu Jahr rapide steigern. So wuchsen bei 50 nach einem repräsentativen Durchschnitt ausgewählten Aktiengesellschaften die Netto profite (nach Abzug der Steuern) allein in einem Jahr, von 1963 zu 1964, um 22,4 Prozent. Bei der Kruppischen Bochumer Verein für Guß-